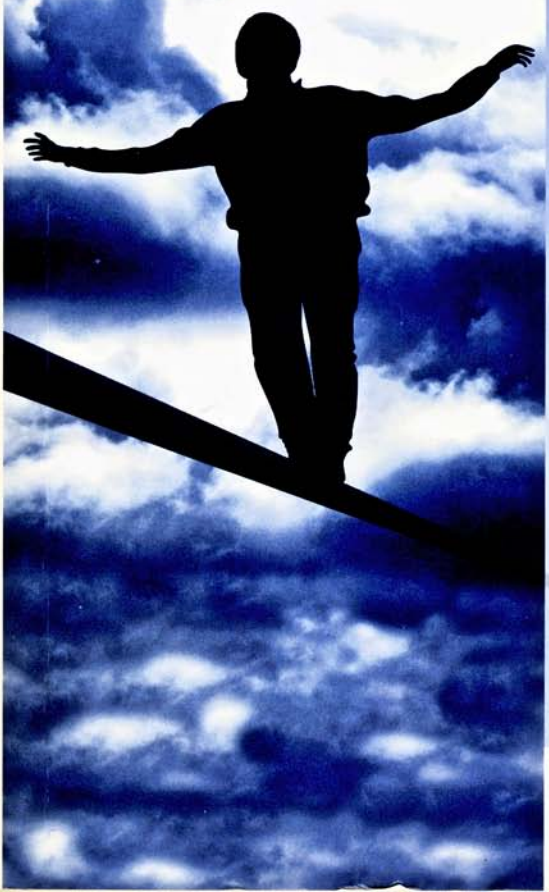
Nr. 67 Juli/August 2009

WeltTrends

Zeitschrift für internationale Politik

Außenpolitik in Schwarz-Rot



Bilanz nach vier Jahren

Gespräche mit Gernot Erler und Eckart von Klaeden

Burgfrieden international?
Politik gegenüber Russland und Europa
Von Bismarck bis Merkel – Ein Überblick

Forum

Warschau zwischen Berlin und Moskau

WeltBlick

Neues in Obamas Außenpolitik?
EU als globaler Akteur
Thailand in der Dauerkrise

Bücher & Tagungen

www.welttrends.de

Inhalt

1 **Editorial**



4 **WeltBlick**

5 Obamas Außenpolitik nach 100 Tagen
Alexander Höse

11 Europäische Union als globale Macht
Frank R. Pfetsch

17 Thailand in der Dauerkrise
Denise Dittrich

24 **Zwischenruf** *von Willy Wimmer*



26 **Thema: Deutsche Außenpolitik in Schwarz-Rot**

29 Mission Weltfrieden?
WeltTrends-*Interview mit Gernot Erler*

39 Bilanz aus liberaler Sicht
Harald Leibrecht

45 Außenpolitik der Großen Koalition gesucht!
Karsten D. Voigt

51 Von konzentrischen Kreisen und Geopolitik
WeltTrends-*Interview mit Eckart von Klaeden*

59 Bundesregierung mit Tunnelblick
Paul Schäfer

65 Außenpolitischer Burgfrieden?
Uta Zapf

71 Wechselseitige Neutralisierung
Marieluise Beck

77 Vom Bismarck-Reich zur Berliner Republik
Manfred Görtemaker

85 Schwarz-rote Europapolitik
Werner Weidenfeld

91 Russland-Politik der Großen Koalition
Jochen Franzke

Blattgold: Bist Du Deutschland? **100**



Forum: Warschau zwischen Berlin und Moskau **103**
Eine polnische Sicht von Andrzej Sakson

Porträt: Heymann – Ein neuer Typ deutscher Botschafter **110**
Joachim Krüger



Bücher und Tagungen **112**

Wohin treibt die Berliner Außenpolitik? **113**
Literaturbericht

Wiedergelesen: Niebuhr – Christlicher Realismus **123**

Rezensionen **125**
Annotationen **132**
Neuerscheinungen **134**

Impressum **135**
Konferenzen **136**
Briefe an die Redaktion **140**



Außenpolitik in Zeiten von Wahlen **142**
Kommentar von Gerry Woop

Wort und Strich **144**

Potsdamer Textbücher

PTB 1:	Regionen in der Europäischen Union
PTB 2:	Polen – Staat und Gesellschaft
PTB 3:	Naher Osten – Politik und Gesellschaft
PTB 4:	Totalitäre und autoritäre Regime
PTB 5:	Kommunale Selbstverwaltung
PTB 6:	Die verschwundene Diplomatie
PTB 7:	Recht in der Transformation
PTB 8:	Das moderne Polen
PTB 9:	Making Civil Societies Work
PTB 10:	Polen und Deutsche
PTB 11:	Castro und kein Ende
PTB 12:	Die Babelsberger Diplomatenschule



Bestellungen: bestellung@weltrends.de oder www.weltrends.de

Potsdamer Textbücher

Das polnische Paket

Andrzej Sakson: Menschen im Wandel
Polen und Deutsche, Minderheiten und Migranten in Europas Geschichte und Gegenwart
PTB 10, 240 S., brosch., 12,50 €

Jochen Franzke (Hrsg.): Das moderne Polen
Staat und Gesellschaft im Wandel
PTB 8, 208 S., brosch., 8 €

Christian Boulanger (Hrsg.): Recht in der Transformation
Verfassungswandel in Mittel- und Osteuropa
PTB 7, 272 S., brosch., 5 €

Das Gesamtpaket, incl. der CD-Ausgabe dieser Publikationen und einer WeltTrends-Artikelsammlung über Polen, 20 € statt 25,50 €.

Bestellungen:
bestellung@weltrends.de oder www.weltrends.de

Warschau zwischen Berlin und Moskau

Eine polnische Sicht

Andrzej Sakson

Geopolitik, Russland, Polen, Deutschland

Die polnische Öffentlichkeit reagiert auf Entwicklungen in den deutsch-russischen Beziehungen besonders sensibel. Der Autor analysiert die Ostpolitik unter Schröder und Merkel und fordert eine stärkere Berücksichtigung der polnischen Interessen in den deutsch-russischen Beziehungen.

Der polnische Karikaturist Andrzej Mleczko stellte Polens geopolitische Lage einmal folgendermaßen dar: Gott schaut von oben auf die Erde, lächelt und sagt: „Den Polen werde ich ein Schnippchen schlagen: Sie werden zwischen Deutschland und Russland liegen." Dies spiegelte das politische Dilemma Polens im 19. und 20. Jahrhundert wider. Dessen Quintessenz war die Frage, ob man sich mit den Deutschen gegen Russland oder umgekehrt verbünden sollte.

Im Mai 2004 erreichte Polen seine wichtigsten strategischen Ziele der Gegenwart. Seine geopolitische Lage ist heute die günstigste seit über 200 Jahren. Das gilt für die (sicheren) Grenzen und das Fehlen von Territorialkonflikten und Minderheitenproblemen. Polens Mitgliedschaft in der europäischen bzw. transatlantischen Gemeinschaft eröffnete ein neues Kapitel in den Beziehungen Warschaus mit Berlin bzw. Moskau. Diese neue Qualität besteht darin, dass Polen ein vollberechtigtes Mitglied der NATO und der EU ist, mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen. Dass Deutschland in der EU und der NATO heute mit Polen verbündet ist und dass die Sowjetunion nicht mehr existiert, ist für Polen eine positive Fügung des Schicksals.



Prof. Dr. Andrzej Sakson, geb. 1952, Mitglied im *WeltTrends*-Beirat und Direktor des Instytuts Zachodni, Posen.
sakson@iz.poznan.pl

Historische Belastungen

Angesichts der für Polen tragischen Erfahrungen der jüngsten Geschichte im Zusammenhang mit dem deutschen und russischen Expansionismus, den von zwei großen Nachbarn am polnischen Volk begangenen Mordtaten, der gegen Polen gerichteten Zusammenarbeit beider Mächte und der Abhängigkeit Polens von der Sowjetunion in der Nachkriegszeit kann das aber nicht verwundern. Tatsache ist, dass keine namhafte Persönlichkeit in

Polen die gegenwärtige Zusammenarbeit zwischen Berlin und Moskau dämonisiert; es wird in Polen lediglich auf die für die Interessen unseres Landes ungünstigen Aspekte dieser Kooperation aufmerksam gemacht. Was den Begriff „Sonderweg" als einen die deutsch-russischen Beziehungen betreffenden Terminus angeht, muss er nicht nur in Polen, sondern auch in vielen anderen Ländern beunruhigen.

Die historischen Gegebenheiten spielen auch in Deutschland und Russland eine wichtige Rolle. Das Schuldgefühl wegen der von den Deutschen am russischen Volk während des Zweiten Weltkrieges begangenen Mordtaten (wobei die von sowjetischen Soldaten am deutschen Volk begangenen Verbrechen lange Zeit verdrängt wurden) trägt dazu bei, dass die Einstellung der deutschen Eliten und eines großen Teils der deutschen Gesellschaft manchmal idealistisch wirkt. Diese „idealistische Komponente" (Fred Oldenburg) verstärkte sich durch die enthusiastische Annahme der Zustimmung von Gorbatschow für die Wiedervereinigung Deutschlands; seitdem baute man die deutsch-russischen Beziehungen auf einer besonderen Grundlage auf.

Das wiederkehrende Interesse am Schicksal der „Vertriebenen" in Deutschland deutet darauf hin, dass diese Frage für viele in Deutschland nicht abgeschlossen ist. Die SPD-Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten, Gesine Schwan, erklärte in einem Interview für Rzeczpospolita vom 22. Oktober 2008: „Die Schuldgefühle der Deutschen Russland gegenüber werden aus polnischer Sicht oft nicht wahrgenommen. Für die Polen besteht gewiss kein Grund, gegenüber Russland Schuldgefühle zu empfinden. Wir können hier von einem gewissen Missverhältnis in der Einstellung Deutschlands und Polens zu Russland sprechen. Nicht alle in Polen sind sich dessen bewusst. Ich muss feststellen, dass die Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen in Polen mit Unbehagen wahrgenommen wird, bin aber davon überzeugt, dass dank der gemeinsamen Initiativen in der EU das gegenseitige Vertrauen zwischen Polen und Deutschland zunehmen wird. Die EU braucht Russland als Partner bei der Durchführung des Projektes der energetischen Versorgung und der Sicherheit."

Die jüngste Geschichte beeinflusst auch die Ansichten der russischen Seite. Außer der Bewunderung der Errungenschaften der Deutschen in vielen Bereichen existiert auch im Bewusstsein der Russen die Erinnerung an die von den Deutschen am russischen Volk im Zweiten Weltkrieg begangenen Verbrechen. Der Jahrestag

des Sieges über das Deutsche Reich kompensiert auch die im Zusammenhang mit dem Zerfall des Imperiums und der katastrophalen Wirtschaftslage erlittenen Demütigungen. Das Beharren auf manchen Thesen der sowjetischen Propaganda in Bezug auf die wichtigsten Ereignisse der jüngsten Geschichte ist nicht nur in Polen unakzeptabel, sondern wird auch oft im Westen abgelehnt. Mehr noch: Manche russischen Aktivitäten (z. B. der Streit mit Polen um die Morde in Katyń) kann man als bewusste Schritte interpretieren, die in Polen nervöse Reaktionen hervorrufen.

Strategische Voraussetzungen

Die Rolle Deutschlands in der polnischen Außenpolitik ist eine andere als die Russlands. Die Bundesrepublik ist ein NATO-Verbündeter, beide Länder verbindet auch die Zugehörigkeit zur EU: Daher werden jegliche Anzeichen, die von einer Umorientierung in der deutschen Außenpolitik zeugen, in Polen einer gründlichen Analyse unterzogen. Polnische Analytiker vertreten jedoch den Standpunkt, dass unabhängig von der existierenden strategischen Partnerschaft die Bundesrepublik nicht danach strebt, die in der Nachkriegszeit festgelegten Grundlagen ihrer Außenpolitik zu verändern sowie dass der Verbleib in den westlichen Strukturen für die Bundesregierung zum Axiom geworden ist. Zwar hörte man hier und da Stimmen über die Wiedererstehung des „Geistes von Rapallo" oder über den Wiederaufbau des neuen deutsch-russischen „Bundes", doch dies wurde nur von Publizisten formuliert.

Die Stellung Russlands in der polnischen Außenpolitik ist eine andere. In den polnisch-russischen Beziehungen gibt es keine derartigen politischen und völkerrechtlichen Bindungen wie in den polnisch-deutschen Beziehungen. Mehr noch: Noch immer sind Befürchtungen vor der Rückkehr Moskaus zu einer imperialen Politik virulent.

Der Krieg in Georgien im August 2008 machte deutlich, dass Moskau nach der sukzessiven Wiederherstellung von verlorenem Einfluss auf der internationalen Bühne strebt. Der russische Präsident Dimitri Medwedjew stellte im September 2008 fest: „Die Krise im Kaukasus ist für mich ein Beweis dafür, dass wir ein neues Sicherheitssystem schaffen müssen. (...) Russland hat seine Interessengebiete. Es hat keinen Sinn, dies zu verneinen, zumal das in gewissen Situationen schädlich ist." (Gazeta Wyborcza, 20./21.09.2008)

Unter diesem Aspekt erlangt die polnisch-schwedische Initiative der sog. Osteuropa-Union eine neue Bedeutung. Sie soll die Beziehungen der EU zu ihren östlichen Nachbarländern Moldawien, Aserbaidschan, Georgien, der Ukraine und zu Weißrussland vertiefen.

Für die Osteuropa-Union-Initiative war das russische Vorgehen in Georgien letztlich hilfreich. Es machte in Brüssel und in den alten EU-Mitgliedsländern deutlich, wie wichtig die Einbeziehung der postsowjetischen Staaten in den westlichen Bereich für die Sicherheit in Europa ist. Manches deutet darauf hin, dass Russland gegenüber Polen negativ eingestellt ist, einige russische Aktivitäten waren feindselig oder provokant. Das Misstrauen gegenüber Russland ist in Polen im großen Maße auf die Vergangenheit zurückzuführen, doch der Grund dafür ist auch die aktuelle russische Politik.

Aus dem polnischen und europäischen Blickwinkel ist die Wahl zwischen der deutsch-russischen „Achse" und dem Weimarer Dreieck äußerst beunruhigend. Die erste betrifft die Beziehungen der EU-Mitglieder mit einem Drittland, das zweite betrifft die Beziehungen zwischen EU-Mitgliedstaaten. Diese zwei Beziehungsarten gleichwertig zu betrachten bedeutet eine Degradierung der innereuropäischen Beziehungen. Grundlage für die Bewertung der „Achse" sollte eine gesamteuropäische Position gegenüber Russland sein, für die Bewertung des Weimarer Dreiecks hingegen der Einfluss auf den Zusammenschluss der inneren EU-Relationen und die Vereinbarungen in Bezug auf ihre Außenpolitik. Die deutsch-russische „Achse" kann aber nicht nur das Weimarer Dreieck, sondern auch die europäische Integration überhaupt bedrohen, es sei denn, dass das Weimarer Dreieck eine gemeinsame EU-Politik gegenüber Russland schneller formuliert.

Europäische Politik muss sich auf reale Tatsachen und nicht auf Floskeln stützen. Dazu gehört die Einstellung Russlands gegenüber Polen, die in Berlin und Brüssel zu wenig beachtet wird. Polen trat der EU nicht bei, um in ihr mit Partnern zu tun zu haben, die mehr oder weniger offen die russische Isolationspolitik gegenüber Warschau unterstützen. Selbst wenn man den deutschen Energieinteressen Verständnis entgegenbringt, lässt sich nicht übersehen, dass die Art und Weise ihrer Umsetzung gegen das Solidaritätsprinzip zwischen den EU-Mitgliedern verstößt. Die einzige Lösung wäre eine schnelle Vereinbarung der europäischen Energiepolitik, insbesondere im Bereich der Energiesicherheit.

Polen will eine fortschreitende Abhängigkeit von russischen Energiequellen vermeiden. Die Teilnahme am Bau einer

Abzweigung der Ostseepipeline hieße eine Abkehr von der Differenzierungsstrategie der Energieversorgung aus neuen Quellen. Selbst jene deutschen Firmen, die sich am Bau der Ostseepipeline beteiligen, betonen, dass man die Gasversorgung diversifizieren muss. So kritisierte der E.ON-Chef, der die spanische Endesa übernehmen möchte, Madrid für eine zu große Abhängigkeit von Gaslieferungen aus Algerien und empfahl die Suche nach neuen Quellen.

Deutsch-russische Annäherung unter Kanzler Schröder

Manche meinen, dass Gerhard Schröder während seiner Amtszeit gegenüber Russland die von Kanzler Kohl festgelegte Linie lediglich fortsetzte. Kohl hatte wirklich enge Kontakte zu Boris Jelzin und die Beziehungen zwischen Berlin und Moskau waren die ganzen 16 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands sehr gut. Die Anzahl der Kohl-Besuche in Moskau war nicht zu vergleichen mit der Anzahl seiner Polenreisen. Es scheint aber, dass Schröder und Putin in dieser Hinsicht eine neue Qualität schufen. Der Kanzler stellte Putin sogar Zeugnisse über dessen moralische Führung aus, als er rücksichtslos den tschetschenischen Separatismus bekämpfte und das System der parlamentarischen Demokratie in Russland demontierte.

Sowohl in Polen als auch in Deutschland wurde von Anfang an die von Schröder und Putin manifestierte Männerfreundschaft mit wachsenden Vorbehalten beobachtet, die zu einer ernsthaften Unruhe wurden, als die immer engeren Kontakte zwischen dem deutschen Kanzler und dem russischen Präsidenten von den immer schlechteren deutsch-amerikanischen Beziehungen begleitet wurden. Polen wird besonders dann unruhig, wenn es zu Brüchen innerhalb des transatlantischen Bündnisses kommt, zu dem unser Land gehört, die dessen Kohärenz gefährden.

Die Entstehung eines taktischen Quasibündnisses zwischen Deutschland, Frankreich und Russland im Zusammenhang mit dem Irakkrieg, während sich Polen für die USA aussprach, musste zu einer weiteren Quelle für Missverständnisse zwischen Warschau und Berlin werden. Die Stellungnahme der Regierung in Bezug auf den Irakkrieg wurde auch in Polen kritisiert, doch eine allmähliche Verbesserung der Beziehungen zwischen Washington und Berlin liegt zweifelsohne auch im polnischen Interesse.

Vorbehalte rief auch die von Schröder gegenüber Putin manifestierte „Realpolitik" hervor. Schröder vertrat die Meinung, dass Putin die Stabilität und Vorhersehbarkeit der

russischen Außenpolitik garantiere. Daher verschloss er die Augen sowohl vor der „kontrollierten Demokratie" in Russland als auch hinsichtlich der russischen Politik gegenüber Tschetschenien oder ehemaligen Sowjetrepubliken. Kritische Bemerkungen in diesem Zusammenhang waren äußerst selten.

Es gibt auch die Neigung auf deutscher Seite, die polnischen Interessen zu übergehen, was seinen Ausdruck zum Beispiel in der Vereinbarung über den Bau der Ostseepipeline fand. Die russische Politik der letzen Jahre war darauf ausgerichtet, innerhalb der Beziehungen zwischen den EU-Mitgliedern und den USA Antagonismen entstehen zu lassen. Für die Unterstützung Putins im Konflikt mit den USA müssten Frankreich und Deutschland als westliche Verbündete die postsowjetische Zone als ausschließlich russische Einflusszone anerkennen. Aus diesem Grund beunruhigte die *Orangene Revolution* in der Ukraine auch die wichtigsten EU-Länder.

Merkels Kontinuität

In Polen stieß Angela Merkels Distanzierung von der Politik ihres Vorgängers Russland gegenüber auf Zufriedenheit. Man hoffte, dass die antiamerikanische „Achse" Deutschland-Frankreich-Russland beendet würde. Man war der Meinung, die Kontakte Berlins mit Moskau würden nun weniger freundlich sein und die Interessen des polnischen Partners würden stärker berücksichtigten. Jedoch überwiegen bei einer Bilanz der Politik Merkels die Elemente der Kontinuität. Die Einstellung Berlins gegenüber Moskau hat sich nicht verändert. Der erste Besuch der Kanzlerin in Russland im Januar 2006 bestätigte, dass die deutsch-russische strategische Partnerschaft weiterhin gilt. Der Staatsbesuch des polnischen Präsidenten Kaczyński in Berlin im März 2006 trug zwar zur Klärung einiger Missverständnisse zwischen Warschau und Berlin bei; parallel war eine Verbesserung der polnisch-russischen Beziehungen zu verzeichnen.

Im polnischen Interesse liegen gute Beziehungen sowohl zu Deutschland als auch zu Russland. Deutschland und Frankreich spielen als Verbündete Polens eine spezielle Rolle. Die polnisch-russischen Beziehungen müssen im Zusammenhang mit den gesamten russisch-europäischen Beziehungen gesehen werden.

Die Turbulenzen zwischen Warschau und Moskau sind im großen Maße auf die polnische Politik gegenüber der Ukraine oder Weißrussland zurückzuführen. Die Polen sind nicht

antirussisch: Wir sind proukrainisch, proweißrussisch und prodemokratisch. Eine alternative Lösung wäre eine schweigende Akzeptanz der imperialen russischen Ansprüche, was langfristig für Polen und Europa gefährlich sein kann. Deutschland spielt in diesen Beziehungen eine sehr wichtige Rolle.

Am 26. Juni 2008 erklärte der polnische Außenminister Radosław Sikorski während eines Besuchs im Westinstitut in Poznań: „In den letzten zwei Jahren sind die deutsch-polnischen Beziehungen beträchtlich abgekühlt. Die deutsch-polnische ‚Interessengemeinschaft' aus den frühen 1990er Jahren, die in erster Linie für die Unterstützung Polens auf dem Wege in die NATO und die EU arbeitete, wurde durch den Begriff des ‚Interessenkonfliktes' ersetzt. (...) Die Missverständnisse mit der Bundesrepublik führten zur Schwächung der Stellung Polens sowohl in der EU als auch – im weiteren Sinne – auf internationaler Ebene. Gute Beziehungen zu Deutschland, dem strategischen Verbündeten der Vereinigten Staaten in Europa, haben dagegen zur Folge, dass die Stellung Polens gegenüber den USA und Russlands gestärkt wird."

In seiner Ansprache vertiefte Sikorski den Gedanken eines Neuanfangs: „Erneut betrachten wir Deutschland als einen unserer wichtigsten Partner, sowohl in der EU als auch in der NATO. Das bedeutet gewiss nicht, dass es uns bereits gelungen ist, wie durch ein Wunder bestehende Probleme zu lösen und das gegenseitige Vertrauen wiederzuerlangen. Wir sind aber auf dem allerbesten Wege dazu! Für die künftige Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen sind eine ernste interne Debatte und die Festlegung von kurz- und langfristigen Zielen unentbehrlich. Unentbehrlich ist auch eine intensive Debatte mit der Regierung Deutschlands. Wir müssen uns loslösen von den auf beiden Seiten bestehenden stereotypen Denkweisen über die deutsch-polnischen Beziehungen, deren Schwerpunkt ungelöste Angelegenheiten aus der Vergangenheit waren, die als unüberwindliche Hindernisse bei der Zusammenarbeit mit den Deutschen betrachtet wurden. Das Hauptthema unserer Überlegungen, und dazu lade ich auch Sie sehr herzlich ein, soll ein Projekt der deutsch-polnischen Zusammenarbeit für die Zukunft, in erster Linie unter europäischem Aspekt werden. Dies bedeutet selbstverständlich nicht, auf die Verwirklichung eigener Interessen zu verzichten und – was ich noch einmal betonen möchte – beim Streben nach einer Problemlösung bei strittigen Fragen die polnischen Interessen zu vergessen."



Weiterlesen:
Geopolitik Ost
– Moskau, Warschau, Berlin
WeltTrends 63